Sehr geehrte Damen und Herren,

bis zum 31.10.2024 müssen Unternehmer, die **Lebensmittelbedarfsgegenstände nach § 2 Abs. 6 Nr. 1 Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) als Fertigerzeugnis herstellen, behandeln oder in den Verkehr bringen**, dies bei der zuständigen Behörde anzeigen. Von der neuen Anzeigepflicht betroffen ist auch der Handel inklusive Online-Handel. Lebensmittelbedarfsgegenstände sind Gegenstände, die folgenden Zwecken dienen:

- Lagerung und Transport
z.B. **Kühlschränke**, Aufbewahrungsbehältnisse (Vorratsdosen, Flaschen für Getränke, etc.)
- Zubereiten und Behandeln von Lebensmitteln
z.B. **Kaffeemaschinen** sowie sämtliche **Haushaltsküchengeräte** oder Haushaltutensilien, die mit den Lebensmitteln in Kontakt kommen (Töpfe, Pfannen, Kochlöffel, Fleischwolf, Kaffee- und Gewürzmühle, Kaffee- und Teefilter)
- Verpacken von Lebensmitteln
z.B. Tüten für Brötchen und Brot, Konservendosen, Frischhalte-/Aluminiumfolie
- Verzehr von Lebensmitteln
z.B. Besteck und Geschirr, Trinkgefäße

Die Art und Weise der Übermittlung (z.B.: mittels Formular, Brief oder E-Mail etc.) richtet sich nach Vorgaben des jeweiligen Bundeslandes. Bitte informieren Sie sich bei der Lebensmittelaufsichtsbehörde über die konkrete Art der Übermittlung.

Anzeigepflichtig ist nicht jedes einzelne Erzeugnis, sondern nur der Umstand, dass ein Unternehmen Lebensmittelbedarfsgegenstände in Umlauf bringt. Zuständig sind die Ministerien der Bundesländer als oberste Lebensmittelüberwachungsbehörde, die auch die Art der Übermittlung, z.B. mittels eines Formblattes, festlegt. Werden mehrere Betriebsstätten an unterschiedlichen Standorten betrieben, muss die Anzeige für jede Betriebsstätte gesondert erfolgen. Eine Übersicht über die zuständigen Ministerien in den Bundesländern finden Sie unter dem folgenden Link, der zumindest schon einmal zu den einzelnen Ministerien inklusive Kontaktdaten führt:

https://www.bvl.bund.de/DE/Arbeitsbereiche/01_Lebensmittel/01_Aufgaben/01_WerMachtWas/01_Landesbehoerden/lm_vet_ueberw_node.html

Ansonsten wenden Sie sich bitte an Ihre Gemeinde vor Ort und erfragen die Zuständigkeit oder recherchieren Online unter den Schlagworten ‚§ 2a Bedarfsgegenständeverordnung – Anzeigepflicht – Rheinland-Pfalz‘.

Bitte beachten Sie, dass bei einer Missachtung ein **Bußgeld bis zu 50.000 EUR möglich** ist und zudem auch eine Abmahnung z.B. durch Mitbewerber ausgesprochen werden kann.

Mit besten Grüßen aus Düsseldorf

Wirtschaft im Wettbewerb
Verein für Lauterkeit in Handel und Industrie e. V.
Schadowstraße 49
40212 Düsseldorf